

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE****Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen
für die Jahre 2024 und 2025****PPL 07 (Land) – Anschaffung von Fahrzeugen bei den Freiwilligen
Feuerwehren**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres (L)
Produktbereich:	07.01	Polizei (L)
Produktgruppe:	07.01.01	Polizeivollzug (L)

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2024 um 250 000 Euro reduziert.

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres (L)
Produktbereich:	07.90	Sonstiges Inneres (L)
Produktgruppe:	07.90.04	Zentrale Dienste senatorische Angelegenheiten (L)

Der Anschlag bei den Verrechnungs- und Erstattungs Ausgaben wird für das Jahr 2024 um 250 000 Euro erhöht.

**II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale Haushaltsplan wie folgt
ergänzt beziehungsweise geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesangelegenheiten,

	Nr.	Bezeichnung
		Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	518 12-2	Miete Polizeikommissariat West

Der Anschlag wird für das Jahr 2024 von 834 340 Euro um 250 000 Euro auf 584 340 Euro reduziert.

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof
Kapitel:	0031	Allgemeine Bewilligungen für Inneres
Titel:	984 37-8 (neu)	An Haushaltsstelle 3054/384 37-7 für Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr

Der Anschlag wird für das Jahr 2024 von 0 Euro um 200 000 Euro auf 200 000 Euro erhöht.

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof
Kapitel:	0031	Allgemeine Bewilligungen für Inneres
Titel:	985 38-2 (neu)	An Haushaltsstelle 6150/385 10 für Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr

Der Anschlag wird für das Jahr 2024 von 0 Euro um 50 000 Euro auf 50 000 Euro erhöht.

Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE